



Filzmaier: Politische Bildung in Österreich

Länderbericht: Politische Bildung in Österreich

Peter Filzmaier

1 Begriffliche Grundlagen und Zielsetzungen politischer Bildungsarbeit

Politische Bildung kann als Summe einer Vermittlung von Schlüsselkompetenzen verstanden werden:

- Die Weitergabe von (Fakten-)wissen und des Einblicks in politische Zusammenhänge.
- Die Unterstützung der Entwicklung von politischen Einstellungen und Meinungen.
- Die Anregung von geistigen und sozialen Fähigkeiten bzw. einer Entstehung von intellektuellen Kompetenzen im gesellschaftlichen bzw. menschlichen Zusammenleben.
- Die Förderung der politischen Partizipationsfähigkeit.

Zum Wissensbereich zählen, zum Beispiel, die Kenntnis von Demokratie-Modellen und der realpolitischen Systemabläufe im Rahmen der Verfassung Österreichs, die Organisation von Parlament, Regierung und Justiz bzw. ihre Teilung sowie wechselseitige Macht und Kontrolle, die Funktionen von Parteien und Interessengruppen (mit dem Sonderfall der Sozialpartnerschaft), die Grundrechte der Bürger nach der Bundesverfassung, sowie sachliche Grundlagen aktueller politischer Themen der österreichischen Politik usw.

Gesetzgebungsprozesse und politische Entscheidungsprozesse müssen sowohl in ihrem formalen Procedere bekannt sein, aber es bedarf auch eines Verständnisses der tatsächlichen Handlungsabläufe - siehe das Beispiel von Gesetzes(vor-)entscheidungen durch Referentenentwürfe in Ministerien, durch Verhandlungen der Sozialpartner im vorparlamentarischen Raum bzw. Parteiabsprachen, durch die Beschlussvorbereitung in (in Österreich grundsätzlich nicht öffentlichen) Ausschusssitzungen und bloßen sprachlichen Scheingefechten bzw. Abstimmungsmaschinerien im Plenum von Parlamenten. Möglichkeiten für eine Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen müssen sich als reelle Chance verstehen, die Letztentscheidung als Output des politischen Prozesses zu verstehen. Das Gegenteil wären Inputs, die Pluralität vortäuschen, doch in das Decision-Making nicht einfließen. Die selbständige Entwicklung von politischen Einstellungen und Meinungen - als Ergänzung könnten Werte usw. hinzugefügt werden - ist u.a. zu interpretieren als Interesse an gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen in Österreich, als Aufbau einer österreichischen politischen Identität unter Bezugnahme auf ein demokratisches Gemeinschafts-/Staats-, Politik- und Bürgerverständnis, als Anerkennung demokratischer Grundregeln und Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen bzw. Einstellungen. Aus europäischer Sicht gewinnen weiters Fragen einer gemeinsamen Identität an Bedeutung.

Geistige und soziale Fähigkeiten bzw. intellektuelle Kompetenzen bedeuten als Zielsetzung Politischer Bildung, dass österreichische Bürger politische Information, die sie in modernen Kommunikationsgesellschaften mehrheitlich via Massenmedien erhalten, sammeln und kritisch aufnehmen sowie beurteilen können. Generell steht die Kommunikationsfähigkeit im Mittelpunkt. Eigene Meinungen müssen begründet und argumentiert werden. Politische Systeme, Prozesse und Funktionen sind mit Multiplikatorwirkung gegenüber anderen Bürgern zu beschreiben. Entscheidend ist jedoch auch der Bereich Soziale Kompetenz als Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, eine Urteilsfähigkeit zu entwickeln und unter vorgegebenen und/oder eigenständig entwickelten Politikoptionen auszuwählen. In Konfliktfällen divergierender Optionen sind friedliche Lösungen des

[Abstract](#)

[English Version](#)

[Download \(pdf/zip\)](#)

Inhalt

[1 Begriffliche Grundlagen und Zielsetzungen politischer Bildungsarbeit](#)

[2 Historische Entwicklung und Themenschwerpunkte politischer Bildungsarbeit in Österreich](#)

[3 Curriculare Ansätze: Struktur, Programm und Inhalte des Universitätslehrgangs Politische Bildung/Master of Advanced Studies \(Civic Education\) als Fallbeispiel](#)

[3.1 Didaktische Ansätze, methodische Fragen und Lehrgangsbereiche](#)

[4 Institutionelle Rahmenbedingungen und organisatorische Zusammenhänge](#)

[4.1 Spezifika im österreichischen Schulwesen](#)

[5 Aus- und Fortbildung von Lehrern](#)

[6 Zukunftsperspektiven](#)

[Anmerkungen](#)

Widerspruchs anzustreben.

Partizipationsfähigkeit meint die Teilnahme am politischen Diskurs sowie die Kompetenz, Politik und politische Entscheidungsprozesse beeinflussen zu können und zu wollen, Bürgerinitiativen wären ein klassisches Beispiel systemexterner Einflussnahmen, doch sind gleichermaßen Mitgliedschaften in politischen Parteien und Wahlgänge anzuführen. Als Negativbeispiele gelten Politikverdrossenheit bzw. politische Apathie und politischer Zynismus. Gleichzeitig ist ein Funktionieren politischer Partizipation aber von der Kooperations- und Koalitionsbereitschaft abhängig, weil das Beharren auf Entweder-/Oder-Standpunkten zur Entscheidungsunfähigkeit führen oder in autoritäre (Mehrheits-)Entscheidungen ohne Berücksichtigung von Minderheitsrechten münden kann.

Abbildung 1: Schlüsselkompetenzen Politische Bildung

Core Competencies	Aspects of Democratic Civic Education/Citizenship Education
Knowledge and Insight	<ul style="list-style-type: none"> • Concepts of Democracy • Concepts of Democratic Citizenship • Functioning of Democracy (incl. Civil Society) • Legislation and Political Decision-Making • Citizens' Rights and Duties • Role of Political Parties and Interest Groups • Options for Participation in Decision-Making • Influence on Policy-Making • Current Political Problems
Attitudes and Opinions	<ul style="list-style-type: none"> • Interest in Social and Political Affairs • National Identity • with Regard to Democracy • Towards Democratic Citizenship • Political Confidence • Political Efficacy • Self-Discipline • Loyalty • Tolerance and Recognition of own Prejudices • Respect for other Individuals • Value of European Civilization • Values on which Europe is founded (Democracy/Social Justice/Human Rights)
Intellectual Skills	<ul style="list-style-type: none"> • Collecting and Absorbing Political Information via Various Media • Critical Approach to Information, Policies, Views • Communication Skills (be able to reason, and argue and express own views) • Describe Processes, Institutions, Functions, Aims etc. • Resort to Non-Violent Conflict Resolution • Take Responsibility • Ability to Judge • Make Choices/Take a Position
Participatory Skills	<ul style="list-style-type: none"> • Influence Policies and Decisions (Petitioning and Lobbying) • Build Coalitions and Co-operate with Partner Organizations • Taking Part in Political Discussions • Participation in Social and Political Processes (Membership of Political Party, Interest Groups, Voting, Writing Letters, Demonstrating etc.)

Formell zum Ausdruck kommt ein Leitbild politischer Bildungsarbeit in Österreich u.a. im für den Schulbereich geltenden Grundsatzlerlass Politische Bildung: "Politische Bildung ist eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung des einzelnen wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen. Sie ist in einer Zeit, die durch zunehmende Kompliziertheit in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist, ein aktiver Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie. Wesentliche Anliegen der Politischen Bildung sind die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewusstsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschheit getragen ist. Politische Bildung ist einem Demokratieverständnis verpflichtet, das in der Anerkennung legitimer Herrschaft und Autorität keinen Widerspruch zur postulierten Identität von Regierenden und Regierten sieht. Im Mittelpunkt steht aber die Frage, wodurch Herrschaft und

Autorität von der Gesellschaft als rechtmäßig anerkannt werden: in einem demokratischen Gemeinwesen wird unabänderliches Merkmal sein, dass Autorität und Herrschaft aus der Quelle der freien Bestellung, der freien Kontrolle und der freien Abrufbarkeit durch die Regierten bzw. durch die von diesen eingesetzten Organe geschöpft werden. Dabei wird ein demokratisches Regierungssystem umso erfolgreicher arbeiten können, je mehr der Gedanke der Demokratie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird." (1)

Weiters findet die Politische Bildung in Österreich eine formale Berücksichtigung in der staatlichen Bildungspolitik durch das Budgetgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung von 1973 und steht dadurch als "politische, sozial und -wirtschaftskundliche Bildung" unter den förderungswürdigen Aufgaben an erster Stelle. 1977 wurde für die Erwachsenenbildung seitens des Bundes unter Mitfinanzierung der Länder das Österreichische Institut für Politische Bildung in Mattersburg eingerichtet, jedoch am Beginn der neunziger Jahre geschlossen. Seitdem werden über den Gründerverein des Instituts, die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGfPB), alljährlich Mittel des Bundes und der Länder für Erwachsenenbildungsprojekte zur Politischen Bildung vergeben. Die Definition Politischer Bildung in der österreichischen Erwachsenenbildung lässt sich in das im Folgenden skizzierte "Mittelwegkonzept" einordnen und beinhaltet als Aufgabenbereich u.a. die Verdeutlichung sozialer und ökonomischer Zusammenhänge und Widersprüche, um gesellschaftliche Veränderungen mit ihren Auswirkungen zu verstehen und zu beeinflussen, gegen Gewalt in jeder Form aufzutreten, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen, sowie europäische Integration, Globalisierung, Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse einzuschätzen und beurteilen zu lernen.

Inhaltlich hat Politische Bildung in Theorie und Praxis sowie hinsichtlich der didaktischen Vermittlungsformen (2)- anstatt eines linear-missionarischen Gedankens, der etwa im Rahmen der Re-Education-Programme nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland durchaus Berechtigung hatte - mehrere "Mittelwege" zu finden, um sich als seriöser Bildungsbereich (weiter) zu etablieren:

- Erforderlich ist ein Mittelweg zwischen Politischer Bildung als Wissensvermittlung, aber auch als Entwicklung von Fähigkeiten und Einsichten, und als Entfaltung der Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem Handeln. Politische Bildung basiert auf historisch gewachsenen Wertvorstellungen - in Österreich sind zumindest Friede, Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit usw. allgemein anerkannte Werte, die vermittelt werden sollen - und versteht sich nicht als eine bloße Aneinanderreihung fachspezifischer Inhalte, sondern soll die Chance bieten, über die Erweiterung politischen Wissens hinausgehend zentrale Problemfelder der Gesellschaft aufzugreifen. Politische Bildung hat einen beruflichen Praxisbezug (3) aufzuweisen: Durch die Reflexion und den Erfahrungsaustausch können die Inhalte der Politischen Bildung im sozialen Alltag umgesetzt werden, wobei die Bereiche des österreichischen Schulwesens und der Erwachsenenbildung im Mittelpunkt stehen.
- Erforderlich ist eine Neubewertung politischer Institutionen als Mittelweg zwischen Anti-Institutionalismus und blinder Institutionengläubigkeit. Politische Bildung hat in modernen Demokratien nicht die Aufgabe, ein politisches System zu transformieren, darf jedoch auch nicht als Stabilisierungsfaktor des Bestehenden verkommen und institutionelle Veränderungen durch die Förderung eines blinden Autoritätsglaubens verhindern helfen. In Österreich ist dieser Punkt insbesondere vor dem Hintergrund der (Selbst-)Definition als Konsensdemokratie sowie einer zum Teil durch Untertanenmentalität und die Tradition des Beamtenstaates geprägten politischen Kultur von Bedeutung.
- Erforderlich ist mehr Transparenz als Mittelweg zwischen scheinbarer Objektivität und übertriebener Subjektivität. Selbstverständlich dürfen Zielgruppen der Politischen Bildung weder manipuliert noch indoktriniert werden. Doch gesellschaftliche bzw. politische Themen, die aus Sicht der Wissenschaft kontrovers sind, müssen in der politischen Bildungsarbeit gleichermaßen kontrovers erscheinen. Adressaten der Politischen Bildung müssen lernen, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen. (4) Abzulehnen ist hingegen eine (Schein-)Objektivität, die für das Bildungssystem totalitärer Systeme charakteristisch ist, und eine offene Positionierung der Lehrenden verhindert, um - unter dem Vorwand sich auf "Fakten" zu beschränken - jedwede Diskussion und Kritik der Lehrinhalte unterbinden. Aktuelles und zugleich besonders kontroversielles Beispiel in Österreich war die Bildung einer neuen Bundesregierung nach den Nationalratswahlen 1999, welche durch die Beteiligung der Freiheitlichen Partei (FPÖ) als Koalitionspartner der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zu einer Polarisierung der politischen Auseinandersetzung führten, weil einerseits gegenüber der FPÖ Vorwürfe des Rechtspopulismus mit extremistischen Ansätzen erhoben werden und andererseits eine rechtskonservative Regierungsmehrheit im Parlament mit vergleichsweise linksorientierten Oppositionsparteien - Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und Die Grünen - konfrontiert ist.

Die beschriebenen Minimalbedingungen politischer Bildungsarbeit kommen als Grundlage im - unverändert als zentrales Denkmuster im deutschsprachigen Raum geltend - "Beutelsbacher Konsens" als Ergebnis einer Fachtagung der bundesdeutschen Landeszentrale für Politische Bildung in Baden-Württemberg 1976 zum Ausdruck. (5) Konkrete Inhalte und Themen zusammenzufassen, die dem weitgefassten Anspruch der Begriffsdefinition von "Politische Bildung als Mittelweg" genügen und trotzdem von einem gesellschaftlichen Grundkonsens getragen werden, ist das Hauptproblem politischer Bildungsarbeit. Die österreichische Vergangenheit hat gezeigt, dass es sehr schwierig sein kann, spezifische Programme für den Transfer der Inhalte einzuführen, weil selbstverständlich trotz der Notwendigkeit eines "Konzepts der Mittelwege" der kleinste gemeinsame Nenner aller gesellschaftlichen Gruppen als Grundkonsens nicht genügt. Zugleich aber entspricht das "Mittelwegkonzept" der angesprochenen Tradition politischer Kultur in Österreich als Konsensdemokratie (im Gegensatz zur Konfliktdemokratie, wobei die Differenz sich hier weniger

auf institutionelle Rahmenbedingungen - etwa Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht bzw. Ein- oder Mehrparteienregierung -, sondern auf die konsensorientierten Einstellungen und Grundwerte bezieht).

2 Historische Entwicklung und Themenschwerpunkte politischer Bildungsarbeit in Österreich

Defizite der Politischen Bildung in Österreich (6) resultieren einerseits aus der sich 1945 anstatt einer "Tätertheorie" durchsetzenden Annahme, dass Österreich 1938 ausschließlich ein Opfer nationalsozialistischer Aggression war. Daraus abgeleitet wurde der Bestand einer lediglich von 1938 bis 1945 unterbrochenen österreichischen Kontinuität und - im Unterschied zur späteren Bundesrepublik Deutschland (7) - die fehlende Notwendigkeit für eine umfassende Politik der politischen Resozialisierung. Politische Bildung als Instrument der Resozialisierungspolitik verfügte in Deutschland über einen hohen Stellenwert, während in Österreich kein unmittelbarer Handlungsbedarf gesehen wurde. Die alliierten Besatzungsmächte bestimmten, anders als in Deutschland, für die Zweite Republik in Österreich keine spezifischen Bildungsaufgaben. Die Alliierten entschieden nicht mit, welche Inhalte in österreichischen Schulen und in der Erwachsenenbildung als Demokratie vermittelt werden, und welche geschichts- und sozialwissenschaftlichen Vorgaben an österreichischen Universitäten zusätzlich der Institutionenlehre einfließen sollten.

Andererseits resultiert die Schwäche der Politischen Bildung aus einer tiefgreifenden Fragmentierung der (an sich hochentwickelten) österreichischen Zivilgesellschaft in den Jahren vor und nach 1945. Die politisch-weltanschaulichen Lager (d.h. nationale/nationalistische, christlich-konservative, christlich-soziale, sozialistische, kommunistische usw. Gruppen) hatten Funktionen übernommen, die in anderen Gemeinschaften durch die Zivilgesellschaft per se und/oder durch den Staat wahrgenommen werden. Es entwickelte sich vor 1914 eine politische Sozialisation, deren wichtigste Agenten nicht "die Familie" oder "die Schule" waren, sondern sozialistische oder katholische oder deutschnationale Familien, sowie sozialistische oder katholische oder deutschnationale Peer-Groups, Jugendverbände, Freizeit- und Kulturorganisationen jedweder Art.

Nach 1945 übernahmen die Parteien ihre alten Sozialisationsfunktionen, so dass die Politik öffentliche Mittel insbesondere für die politische Bildungsarbeit der Parteien und weniger für außerparteiliche Programme bereitstellte. 1973 wurden Parteiakademien errichtet, denen relativ reichhaltige Mittel für politische Bildungsarbeit zur Verfügung standen. Politische Bildung als SPÖ-, ÖVP-, FPÖ- oder später Grüne-Bildung fand in höherem Ausmaß gesellschaftliche und auch budgetpolitische Akzeptanz. Die Parteiakademien - das Dr. Karl Renner-Institut der SPÖ, die Politische Akademie der ÖVP, die Freiheitliche Akademie und seit den achtziger Jahren die Grüne Bildungswerkstatt - stehen in der angesprochenen Kontinuität einer Politischen Bildung, die sich im wesentlichen als Addition von sektoraler Politischer Bildung versteht. Als Politische Bildung in Österreich ergibt das folgerichtig eine unkoordinierte Summe der politischen Bildungstätigkeit von einzelnen Parteien. Unverändert ist festzustellen, dass gemeinsame Initiativen für Politische Bildung seitens der Parteien selten sind, und gleichsam instinktiv versucht wird, alle an der politischen Bildungsarbeit beteiligten Personen (Lehrende und Lernende) bzw. Organisationen einer Partei zuzuordnen.

Zumindest eine geschichtliche Rahmenbedingung als Dilemma der Politischen Bildung in Österreich traf jedoch in den siebziger Jahren zu und ist heute nicht mehr bzw. lediglich in abgeschwächter Form gegeben: Es waren SPÖ-Mehrheitsregierungen sowie ÖVP und FPÖ als damalige Oppositionsparteien, die erstens gemeinsam in den siebziger Jahren Parteiakademien etabliert hatten. Dadurch wurde der Eindruck verstärkt, dass Politische Bildung in erster Linie von Parteien für Parteizwecke betrieben wird. Die Regierungszeit des SPÖ-Bundeskanzlers Bruno Kreisky (1970-1983) war zweitens durch eine umfassende Reformterminologie gekennzeichnet, die einerseits die durch das Jahr 1968 geprägte "Linke" in die Sozialdemokratie integrieren sollte, und andererseits eine ideologische Polarisierung markierte, welche die "bürgerlichen" Medien, die Unternehmerverbände und andere rechts von der Linken befindlichen Interessen misstrauisch machte. Die Debatte um die Politische Bildung wurde daher vor dem Hintergrund eines Verdachts geführt, die alleinregierende SPÖ wolle - gestützt auf ihre absolute Parlamentsmehrheit - die politische Bildungsarbeit ideologisieren. Das hat sich mittlerweile geändert: Schule und Schulpolitik waren schon durch die Zweidrittelmehrheit der Schulgesetze von 1962 gleichsam großkoalitionär begrenzt. Alleinregierungen sind heute, in Österreich und allen auf dem Verhältniswahlrecht beruhenden Demokratien, nahezu unmöglich und Koalitionsregierungen zum Regelfall des politischen Systems geworden. Nachdem 25 Jahre die SPÖ den Unterrichtsminister/die Unterrichtsministerin gestellt hatte, gab es 1995 einen Wechsel in der Parteizugehörigkeit der Amtsinhaber zur ÖVP (auf Rudolf Scholten/SPÖ folgten Erhard Busek/ÖVP und später Elisabeth Gehrler/ÖVP). Diskussionen bzw. Kritik in der SPÖ über die Abgabe eines Schlüsselressorts für Sozialdemokraten zeigten, dass der Vorwurf einer Ideologisierung der Bildungspolitik nicht völlig unberechtigt war, markierten aber zugleich eine Trendwende.

1999/2000 wurde die SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung durch eine Koalition von ÖVP/FPÖ abgelöst. Die mit dieser Veränderung verbundenen Diskussionen haben zu einer "Politisierung" der Gesellschaft geführt und auch die Forderung der Bevölkerung nach einer vermehrten Politischen Bildung verstärkt, so dass das politische System zur Reaktion gezwungen werden könnte. Gleichzeitig ist die Lagermentalität weitgehend verschwunden, und die Vorstellung, dass Politische Bildung die bloße Addition von Parteiakademien sein könnte, hat im gesellschaftlichen Bewusstsein keine Deckung.

3 Curriculare Ansätze: Struktur, Programm und Inhalte des Universitätslehrgangs Politische Bildung/Master of Advanced Studies (Civic Education) als Fallbeispiel

Als systematische Aus-/Fortbildung mit dem Abschluss eines akademischen Grades wird in Österreich ausschließlich der Universitätslehrgang Politische Bildung/Master of Advanced Studies (Civic Education) (MAS) des Instituts für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) regelmäßig angeboten. Ziel der Programme - die aus dem früheren Hochschullehrgang Politische Bildung für Lehrer entstanden sind (3)- ist es, Lehrer für die Verwirklichung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung, wie im zitierten Grundsatzlerlass des Bildungsministeriums formuliert, und für den Unterricht von Fächern der Politischen Bildung umfassend aus- und fortzubilden. Andere Berufsgruppen sollen gleichermaßen qualifiziert werden, in ihrem Bereich theoretische und praktische Fähigkeiten zu erwerben, um Themen der Politischen Bildung bzw. zentrale Problemstellungen aus Politik und Gesellschaft in größeren Zusammenhängen zu erkennen, und im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit weiterzuvermitteln.

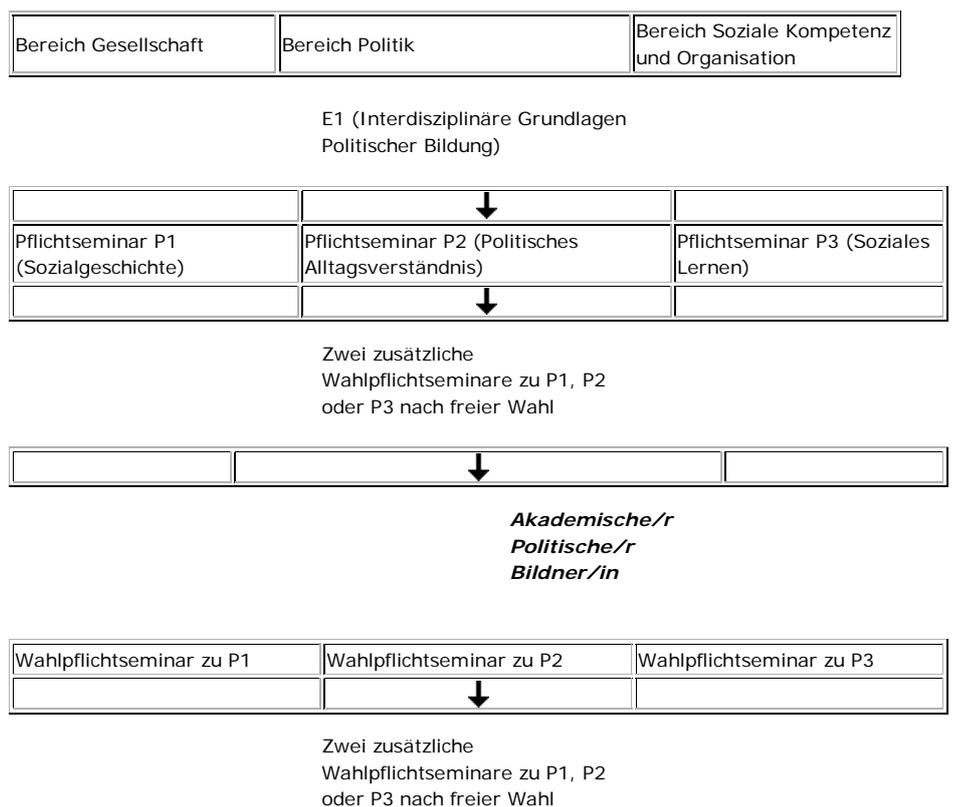
Die Interdisziplinarität des Lehrgangs ist von zentraler Bedeutung. Das breitgefächerte Seminarangebot versteht sich nicht allein als eine Aneinanderreihung fachspezifischer Inhalte. Es bietet vielmehr die Chance, über die Erweiterung politischen Wissens hinausgehend zentrale Problemfelder der Gegenwartsgesellschaft aufzugreifen, und in der Reflexion und durch einen Erfahrungsaustausch mit Kollegen Möglichkeiten zu finden, Politische Bildung in der alltäglichen Schulpraxis bzw. im beruflichen Alltag umzusetzen.

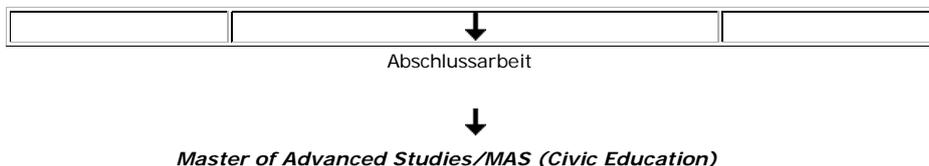
Der Universitätslehrgang Politische Bildung und das MAS-Programm sind am Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) angesiedelt. Träger des IFF sind die Universitäten Innsbruck, Klagenfurt, Wien und Graz. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen auf der Forschung in gesellschaftlichen Problembereichen, auf wissenschaftlicher Weiterbildung und universitärer Lehre. Die Lehrgänge zur Politischen Bildung werden zugleich mit Unterstützung des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) durchgeführt. Die inhaltliche Verantwortung trägt ein aus Universitätsprofessoren bestehendes Leitungsteam, dem ein wissenschaftlicher Koordinator zur Seite gestellt ist. Die Organisation erfolgt an der Universität Innsbruck, wo eine enge Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft besteht.

Teilnehmer sind Lehrer aller Schultypen und Unterrichtsfächer, und sonstige Interessenten, die in ihrem beruflichen Umfeld Funktionen der Politischen Bildung erfüllen (dazu zählen insbesondere die Arbeit in Bildungseinrichtungen, soziale bzw. sozialpolitische Aufgabengebiete, sowie Tätigkeiten im öffentlichen und/oder politischen Bereich auf allen Ebenen).

Lehrveranstaltungen werden in Form von einwöchigen Blockseminaren in ganz Österreich durchgeführt und durch Arbeitsgemeinschaften ergänzt. Im Regelfall ist nach dem Seminar als Projektdokumentation o.ä. eine (Gruppen-)Arbeit zu schreiben. Die Anforderungen für den Erwerb des Abschlussdiploms im Universitätslehrgang Politische Bildung (Bezeichnung Akademische/r Politische/r Bildner/in) umfassen die Absolvierung und Sammlung der Zeugnisse des Interdisziplinären Grundlagenblocks, der drei Pflichtseminare, sowie von zwei Wahlpflichtseminaren (siehe dazu die Abbildung). Für den Abschluss des MAS-Programms und die Verleihung des internationalen akademischen Grades eines Master of Advanced Studies (Civic Education) sind zusätzlich Zeugnisse von fünf weiteren Wahlpflichtseminaren (zumindest jeweils ein Seminar aus den Bereichen Gesellschaft, Politik, sowie Soziale Kompetenz und Organisation) und die Approbation einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit vorgeschrieben.

Abbildung 2: Universitätslehrgang Politische Bildung / Master of Advanced Studies (Civic Education) - Übersicht





3.1 Didaktische Ansätze, methodische Fragen und Lehrgangsbereiche

Der Universitätslehrgang Politische Bildung/Master of Advanced Studies (Civic Education) besteht inhaltlich aus drei Bereichen: Geschichte und Gesellschaft, Politik sowie Soziale Kompetenz und Organisationsentwicklung.

Ziel des Bereichs Geschichte und Gesellschaft ist es, Einsicht in die Zusammenhänge zwischen Geschichte und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu ermöglichen. Die Verknüpfung von lebensgeschichtlicher Reflexion und strukturgeschichtlicher Betrachtung bildet die Grundlage für ein Bewusstsein der Politischen Bildung und ein historisch-sozialwissenschaftliches Denken. Themenbereiche, welche vor allem in Österreich sowohl individuelle Lebensgeschichten als auch allgemein die Gesellschaft prägen, sind beispielsweise der Zusammenhang von Sozialgeschichte und kultureller Identität (P1), das Verhältnis von Sprache und Macht (W1), der Stellenwert von Kirche und Religion (W4), nationalistische und rechtsextremistische Tendenzen (W5), sowie Zusammenhänge von Wirtschaftspolitik, Arbeitswelt und Sozialsystem (W9/W10).

Themen des Bereichs Politik sind eine Auseinandersetzung mit den Grundbegriffen von Politik und Demokratie, sowie die Wissensvermittlung über zentrale Institutionen und Politikfelder. Im Mittelpunkt steht das Politische Alltagsverständnis (P2), d.h. es werden nicht nur klassische Inhalte von Politikwissenschaft und Politischer Bildung - etwa Internationale Beziehungen und Europa (W2/W11), Menschen- und Grundrechte (W3) oder politische Systeme (W17) - behandelt, sondern auch Problembereiche, die in einem modernen Verständnis ebenso politisch sind, angesprochen. Dazu zählen u.a. Umwelt (W13) und Medien (W16). Einen besonderen Stellenwert hat selbstverständlich die Analyse des politischen Systems in Österreich (W6).

Der Bereich Soziale Kompetenz und Organisationsentwicklung zeigt die Lehrgangskonzeption als Erkenntnis, dass die politisch relevanten Erziehungs- und Bildungsleistungen unseres Aus- und Fortbildungssystems zum Teil über die vermittelten Inhalte erbracht werden, jedoch in hohem Maße auch durch ganz bestimmte Arbeits- und Lebenserfahrungen, welche in Bildungsinstitutionen und in ihren Strukturen regelmäßig gemacht werden. Diesem Umstand wird dadurch Rechnung getragen, dass den Teilnehmern gezielt die Möglichkeit eröffnet wird, ihre soziale Kompetenz im Laufe des Lehrgangs weiterzuentwickeln. Die Teilnehmer lernen, die eigene Unterrichts- bzw. berufliche Praxis so zu gestalten und mit Kollegen so zu kooperieren, dass sie angesichts der Aufgaben und Ziele der Politischen Bildung angemessene Organisationsformen des Lernens flexibel einsetzen und an der Entwicklung der Organisation Schule und anderer Bildungseinrichtungen mitwirken können. Zu diesem Zweck werden regelmäßig drei Seminare (P3, W18, W19) angeboten, zusätzlich gibt es Seminare zu aktuellen Themen im Kontext von sozialer Kompetenz und Politischer Bildung (etwa W20).

Abbildung 3: Universitätslehrgang Politische Bildung / Master of Advanced Studies (Civic Education) - Pflicht- und Wahlpflichtseminare nach Bereichen

Bereich Gesellschaft	Bereich Politik	Bereich Soziale Kompetenz und Organisation
E1 Interdisziplinäre Grundlagen		
P1 Sozialgeschichte	P2 Politisches Alltagsverständnis	P3 Soziales Lernen
W1 Sprache und Macht W4 Religionssoziologie W5 Faschismus W7 Erste Republik W9 Arbeitswelt W10 Wirtschaft W12 Naturwissenschaft W15 Jugendkultur	W2 Internationale Politik W3 Menschenrechte W6 Politisches System Österreichs W11 Europa W13 Wirtschaft und Umwelt W16 Medien/Kommunikation W17 Vergleich politischer Systeme Z2 Politische Parteien Z4 Neue Medien und Demokratie	W8 Computer W14 Gesundheit W18 Didaktik W19 Organisationsentwicklung W20 Integration F1 Aktionsforschung F2 Konfliktforschung F4 Schulentwicklung Z5 Politische Bildung und Wertorientierung

4 Institutionelle Rahmenbedingungen und organisatorische Zusammenhänge

Zu unterscheiden ist, mit unterschiedlichen Problemlagen, zwischen der Politischen Bildung in der Erwachsenenbildung und im Schulbereich. Politische Bildung ist für das Selbstverständnis der Institutionen der allgemeinen Erwachsenenbildung Österreichs (Volkshochschulen, Volksbildungswerke, konfessionelle Bildungswerke, Bildungshäuser und Büchereien) ein

bestimmendes Moment, findet aber bei den Adressaten der Bildungsarbeit kaum entsprechende Resonanz. ⁽⁹⁾ Nicht nur gegenüber unmittelbar praxisbezogener Berufsbildung, sondern auch im Vergleich mit anderen Bildungsangeboten belegen Statistiken, dass das Angebot der Weiterbildungseinrichtungen im Bereich der Politischen Bildung nach einer Phase des Aufschwungs in den siebziger Jahren nur einen geringen Prozentsatz einnimmt und die Teilnehmerzahl quantitativ fast vernachlässigbar erscheint. Ein Paradoxon ist selbstverständlich, dass das geringe Angebot und die geringe Nachfrage per se Thema und Herausforderung für die Politische Bildung darstellen. Erst in den letzten Jahren ist eine verstärkte Bedeutung und Nachfrage von (auch regionalen) Angeboten für Politische Bildung festzustellen.

Beispielhaft zu nennen ist die Universitätsakademie Politische Bildung Tirol, welche die Zielsetzung verfolgt, politischen Mandatären bzw. Mitarbeitern in politischen Organisationen, Funktionären und Mitgliedern von Interessensvertretungen sowie Bediensteten der öffentlichen Verwaltung parteiübergreifend eine fundierte Fortbildung im Bereich Politische Bildung anzubieten. Es bietet sich analog zu den curricularen Ansätzen des Master of Advanced Studies (Civic Education) dadurch auch für Politiker die Möglichkeit, sowohl ihr Faktenwissen über Politik zu erweitern als auch zentrale Problemstellungen zu analysieren, um im Rahmen der beruflichen Arbeit davon zu profitieren. Die berufsbegleitende Veranstaltungsreihe umfasst zwei Module: "Politik in Österreich" und "Politischer Wettbewerb". Nach einem gemeinsamen Grundlagentext über rechtliche Grundlagen des politischen Systems beinhaltet jedes Modul vier Seminare. Hauptinhalte sind u.a. Macht und Kontrolle von Parlament, Regierung und Gerichtsbarkeit, Parteien und Wahlen, Österreich in der EU und im internationalen System, sowie Demokratiemodelle und politisches Alltagsverständnis. Zum politischen Wettbewerb gibt es zusätzlich Angebote sowohl über das System der Massenmedien bzw. für ein Medientraining als auch Hintergrundinformationen über die Kunst der Wahlkampfleitung und des Lobbying.

4.1 Spezifika im österreichischen Schulwesen

Für den Status der Politischen Bildung im österreichischen Schulwesen ⁽¹⁰⁾ ist festzuhalten:

1. Politische Bildung existiert im österreichischen Schulwesen seit 1978 als Unterrichtsprinzip. Für die Politische Bildung bedeutet dieser Status seine (mögliche) inhaltliche Berücksichtigung in allen Schultypen und Unterrichtsfächern. Allerdings muss Politische Bildung mit 13 weiteren Unterrichtsprinzipien, deren Spektrum von der Umwelt- über die Verkehrs- bis zur Medienerziehung reicht, konkurrieren. In der Schulpraxis ist dadurch die reale Umsetzung des Prinzips unterschiedlich. Außerdem werden Unterrichtsprinzipien in neuen Lehrplänen nicht mehr angeführt. Ein fächerübergreifender Ansatz ist jedoch unabdingbar, um durch Politische Bildung gleichermaßen politiktheoretische (Entgrenzung von Politik), bildungstheoretische (umfassende Allgemeinbildung), schulpädagogische (innere Schulreform/innere Schuldemokratie) und bildungsökonomische Perspektiven zu bieten. ⁽¹¹⁾
2. Als Unterrichtsfach gibt es Politische Bildung an Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und - mit unterschiedlichen Namenskombinationen (zum Beispiel Wirtschaftliche Bildung, Rechtskunde und Politische Bildung an Höheren Technischen Lehranstalten (HTL)) - an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS). In Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wurde mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 für die 11./12. Schulstufe das Fach "Geschichte und Politische Bildung" als Pflichtgegenstand eingeführt, nachdem vorher lediglich die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstands und einer unverbindlichen Übung in der AHS-Oberstufe bestand.

Die Facheinführung 2001/2002 war von zentraler Bedeutung, weil unabhängig vom Engagement der unterrichtenden Lehrer und der teilnehmenden Schüler ein Wahlfach einem Pflichtgegenstand nicht vollkommen gleichwertig sein kann. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen - es ist eine "Politisierung" der österreichischen Gesellschaft zu vermuten - ist die Existenz des Faches wichtig, darf aber weder an AHS noch an BMHS das Prinzip ersetzen. Es wäre gefährlich, die vielfältigen und interdisziplinären Inhalte der Politischen Bildung in wenige Wochenstunden einzusperren. Konsequenz wäre, dass Politische Bildung auf eine vordergründige Institutionenlehre reduziert würde, und sowohl der Blick für größere Zusammenhänge als auch die Kompetenz für eine Umsetzung von Inhalten im gesellschaftlichen Alltag verloren gehen. Komplexe Themenbereiche wie das Demokratieverständnis der Österreicher können nicht in wenigen Unterrichtseinheiten/Woche abgehandelt werden, sondern müssen als fächerübergreifende Projekte aufgearbeitet werden.

5 Aus- und Fortbildung von Lehrern

Es stellt sich die Frage, mit welcher Qualifikation Politische Bildung an Schüler und im Bereich der Erwachsenenbildung vermittelt werden soll. Für Politische Bildung gibt es keine universitäre Ausbildung, d. h. kein reguläres Studium, das systematisch für ein Lehramt an höheren Schulen vorbereitet. Es fehlt auch weitgehend eine standardisierte Ausbildung, die Lehrer für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung qualifizieren soll. Im Fortbildungsbereich bildet lediglich der postgraduale Universitätslehrgang Politische Bildung/Master of Advanced Studies (MAS)-Civic Education-Programm des Instituts für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung/IFF eine Ausnahme. Weiters können Lehrer den - allerdings vorwiegend von Kommunalpolitikern frequentierten - Universitätslehrgang Politische Bildung des Weiterbildungszentrums Schloss Hofen in Vorarlberg besuchen.

Kritisch anzumerken ist, dass es von Unterrichtsverwaltung und Universitäten abgesehen von den erfolgreichen IFF-Lehrgängen zu wenige gemeinsame Initiativen gibt (kein entsprechendes Lehramtstudium, vergleichsweise Mitarbeit der Politikwissenschaftler usw. bei der Erstellung von Lehrplänen der Politischen Bildung, keine Kooperation für das Schreiben von Lehrbüchern usw.).

Politische Bildung droht dadurch zur Beliebigkeitslehre zu werden, zu einer zufällig besseren oder zufällig schlechteren Aneinanderreihung zufälliger Inhalte, die mit einer zufällig zustande gekommenen Didaktik vermittelt werden. Die kommenden Jahre werden zeigen, inwieweit parallel zur Facheinführung an AHS Verbesserungen erzielt werden können.

Die Forderungen nach einer Intensivierung der Politischen Bildung in der Lehreraus- und Fortbildung sowie als Unterrichtsfach im Schulbereich sind keine aktuelle Entwicklung, sondern werden seit der Einführung des Unterrichtsprinzips 1978 vorgebracht. Neben formalen Bekenntnissen der jeweiligen Bundesregierung bzw. Unterrichtsminister (diese waren/sind nach jeder Verteilung der Ressortkompetenzen seit 1978 gleichzeitig für den Bereich der Erwachsenenbildung zuständig, welcher allerdings von der jeweiligen Geschäftsordnung des Ministeriums einer anderen Abteilung als die Politische Bildung zugeordnet wurde) verlangten insbesondere die Landes- und Bundesschülervertretungen die Einführung des Faches Politische Bildung im AHS-Bereich.

6 Zukunftsperspektiven

Das primäre Problem der Politischen Bildung in Österreich ist Apathie und nicht die Gefahr der Parteilichkeit. (12) Apolitische Lehrplanverwalter sind der politischen Bildungsarbeit abträglicher als Lehrer, die in Einzelfällen durch Überengagement zu sehr auf der Basis subjektiver Urteile arbeiten. So wichtig die Installierung von Politischer Bildung als Unterrichtsprinzip und -fach war, so gerne wird deren Existenz als Alibi für spätere Untätigkeit genommen. Für einen substanzialen Fortschritt wären daher eine Ausweitung des Faches Politische Bildung im Schulbereich neben dem Unterrichtsprinzip sowie eine verstärkte Institutionalisierung in der Erwachsenenbildung unumgänglich. Neben einem Studium für Politische Bildung an österreichischen Universitäten fehlt inhaltlich ein modulähnliches "Baustein"-Angebot nötigen Wissens über Gesellschaft, Politik und Staat. Schließlich gibt es nur in Ansätzen einen konstanten Diskurs zwischen Betroffenen (v.a. der Schulgemeinschaft, d.h. Schüler, Lehrer und Eltern), Theoretiker und Praktiker (d.h. Wissenschaftler und beispielsweise Erwachsenenbildner) sowie Kritiker.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass auch Aktivisten für Politische Bildung nicht zielorientiert genug sind. Ein Hauptdilemma besteht jedoch darin, dass Politische Bildung nicht wettbewerbsfähig ist, sondern einer bildungspolitischen Grundsatzentscheidung bedarf. (13) Themen und Unterrichtsfächer, die "praktischen Ertrag" versprechen, finden eine stärkere und kurzfristiger mobilisierbare "Lobby" als Interessenvertretung. Die Entscheidung, in welcher Quantität und mit welcher Qualität politische Bildungsarbeit stattfinden soll, kann nicht nach dem Modell der "invisible hand" (nach dem Nationalökonom Adam Smith) als Regelungsfunktion des freien Wettbewerbs nicht näher definierten Marktmechanismen überantwortet werden. Gefordert ist eine staatspolitische Entscheidung.

Anmerkungen

(1) Vgl. den Grundsatzlerlass Politische Bildung in den Schulen des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUK) - heute Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) aus 1978, GZ 33.464/6-19a/78, wiederverlautbart 1994 mit GZ 33.466/103-V/4a/94.

(2) Vgl. Sander, W. (1997): Theorie und Praxis der politischen Bildung: Geschichte - didaktische Konzeptionen - aktuelle Tendenzen und Probleme. In Sander, W. (Hg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Taunus, S. 5-45.

(3) Siehe dazu in größerem Zusammenhang, d.h. über den unmittelbaren Bildungsbereich hinausreichend, Sander, W. (1996): Beruf und Politik: Von der Nützlichkeit politischer Bildung. Schwalbach/Taunus.

(4) Siehe u.a. Hans Georg-Wehling in Schiele, S./ Schneider, H. (Hg.) (1977): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 171.

(5) Vgl. als sowohl reflexive Bestandaufnahme als auch aktuelle Kritik die Beiträge von Walter Gagel u.a. in Schiele, S./ Schneider, H. (Hg.) (1996): Reicht der Beutelsbacher Konsens? Schwalbach/Taunus.

(6) Für einen Überblick sowie einige der folgenden Textteile siehe in ausführlicher Form u.a.

das Einleitungskapitel in Filzmaier, P./ Ingruber, D. (2001): Politische Bildung in Österreich: Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses. Wien/Innsbruck/München.

Filzmaier, P./ Jenewein, F./ Pelinka, A. (1999): Angst vor der Politischen Bildung? Programme an Universitäten und in der Erwachsenenbildung. In: Filzmaier, P. u.a. (Hg.): Politisches Alltagsverständnis: Demokratie, Geschlechterverhältnisse, Arbeitswelt, Medien und Bildung. Wien/Innsbruck, S. 275-296.

Dachs, H. (1996): Der sieche Prometheus. Österreichs Politische Bildung in den Mühlen der Ebene. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 1/1996, S. 5-18.

(7) Vgl. Gagel, W. (1994): Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989, Opladen.

(8) Für eine Bilanz des ursprünglichen Hochschullehrgangs Politische Bildung vgl. Diem-Wille, G. (1991): Zwölf Jahre Hochschullehrgang Politische Bildung für LehrerInnen am IFF. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 4/1991, S. 19-32.

(9) Vgl. etwa Kellner, W. (1998): Politik der Lebensführung: Überlegungen zu einem integrativen Ansatz politischer Bildung in der allgemeinen Erwachsenenbildung. In Knaller, H. (Hg.): Gegenkonzepte. Innsbruck, S. 56. Für interessante Vergleiche zur Bundesrepublik Deutschland

siehe übrigens Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.) (1999): Politische Erwachsenenbildung: Ein Handbuch zu Grundlagen und Praxisfeldern. Bonn/Berlin.

(10) Zur Geschichte der Politischen Bildung an Österreichs Schulen sowie der Entwicklung ihrer institutionellen Verankerung im zuständigen Ministerium und als Unterrichtsgegenstand bzw. Unterrichtsprinzip siehe Wolf, A. (Hg.) (1998): Der lange Anfang: 20 Jahre Politische Bildung in den Schulen. Wien, S. 13-74 bzw. Anhang S. 162ff..

(11) Als Ausführung dieser vielfältigen Perspektiven vgl. u.a. Sander, W. (1997): Politische Bildung als fächerübergreifende Aufgabe der Schule. In: Sander 1997, S. 230-240. Siehe auch ders.: Vom Fach zum Bildungsbereich. Ein Plädoyer für Grenzüberschreitungen in der Politischen Bildung. In: Sander, W. (Hg.) (1993): Konzepte der Politikdidaktik: Aktueller Stand, neue Ansätze und Perspektiven. Hannover.

(12) Vgl. Dachs 1996, a.a.O..

(13) Siehe ebda., S. 17.

KeyWords: Länderreport, Österreich, politische Bildung, politische Bildungsarbeit, Politikunterricht, Unterrichtsprinzip politische Bildung, Institutionalisierung, Unterrichtsfach, politische Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz, soziales Lernen, Urteilsfähigkeit, Partizipationsfähigkeit, Schlüsselkompetenzen, Leitbild, Erwachsenenbildung, Schulbildung, Wissensvermittlung, Beutelsbacher Konsens, politische Kultur, Konsensdemokratie, Zivilgesellschaft, Parteien, Lagermentalität, Master of Advanced Studies (Civic Education), Lehrerbildung, Interdisziplinarität, Akademische Politische Bildnerin, Akademischer Politischer Bildner, Fortbildung, Weiterbildung, Universitätslehrgang, Didaktik, Methodik, Modul, Politikwissenschaft, Sozialgeschichte



© 2012 [sowi-online e.V.](http://www.sowi-online.e.v.), Bielefeld